

MD-2191-2/92

Wien, 14. September 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gesetz über Bau-
sparkassen (Bausparkassen-
gesetz-BSpKG) eingeführt
werden soll;
Begutachtung;
Stellungnahme

GESETZENTWURF	
1992-GE/19	P2
Datum: 16. SEP. 1992	
17. Sep. 1992	
Verf.:	

Dr. Jannitsch

An das
Präsidium des Nationalrates

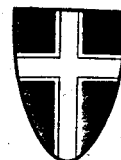
Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Bei-
lage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Be-
treff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Dr. Peischl
Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82126

MD-2191-2/92

Wien, 14. September 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gesetz über Bau-
sparkassen (Bausparkassen-
gesetz-BSpKG) eingeführt
werden soll;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu GZ. 31 0100/28-V/5/92

An das
Bundesministerium für Finanzen

Auf das do. Schreiben vom 14. Juli 1992 beehrt sich das Amt
der Wiener Landesregierung zu dem im Betreff genannten
Gesetzentwurf nachstehende Stellungnahme bekanntzugeben:

zu § 1 Abs. 2:

Um Bausparmittel verstärkt im Rahmen der Wohnbauförderung
heranziehen zu können, wäre es erforderlich, daß ein Förde-
rungswerber möglichst genau von der Bausparkasse erfährt,
zu welchem Zeitpunkt er mit der Auszahlung der Vertragssumme
rechnen kann. Eine solche verbindliche Aussage wird jedoch
gemäß § 1 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfes ausdrücklich
ausgeschlossen. Auf Grund dieser Bestimmung wird es daher
kaum möglich sein, Bausparmittel in sinnvoller Weise in
den Wohnbau einzubinden.

- 2 -

zu § 1 Abs. 3:

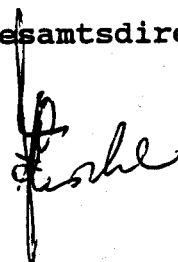
Bei der Aufzählung der wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen in § 1 Abs. 3 Z 1 sind lediglich Alten-, Studenten- und Lehrlingsheime angeführt. Es sollten aber auch andere Wohnheime, wie Schwesternheime, Pflegeheime und dergleichen, unter Zuhilfenahme von Bausparmitteln errichtet werden können.

zu § 4:

Hier ist festgelegt, daß die allgemeinen Bedingungen für das Bauspargeschäft jedenfalls Bestimmungen über die Abtretung von Ansprüchen aus dem Bausparvertrag zu enthalten haben. Im Hinblick auf die nunmehr im Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989 im § 25 b eröffnete Möglichkeit der Veranlagung von Wohnbauförderungsmitteln wäre eine Präzisierung dieser Abtretungsmöglichkeiten im vorliegenden Gesetzentwurf wünschenswert, da sonst die einzelnen Bausparkassen unterschiedliche allgemeine Bedingungen hierüber festlegen könnten.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor